



STELLUNGNAHME

Ihr(e) Ansprechpartner(in)
Wolfgang Trefzger
E-Mail
wolfgang.trefzger@ihk-nrw.de
Telefon
0211 36702 - 62
Datum
15.04.2026

zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales und des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen zum Antrag der Fraktion der SPD

„NRW muss funktionieren: Echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis 2030 möglich machen“

(Drucksache 18/15587)

Mit dem Antrag wird ein Thema von hoher arbeitsmarkt- und standortpolitischer Relevanz adressiert. Unzureichende und zu häufig unzuverlässige Betreuungsangebote, fehlende Rand- und Ferienbetreuung sowie offene Fragen beim Ganztagsausbau erschweren die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und begrenzen zugleich die Ausschöpfung von Fachkräftepotenzialen. Aus Sicht von IHK NRW kommt es deshalb darauf an, die Rahmenbedingungen für Familien und Unternehmen bis 2030 spürbar zu verbessern – insbesondere durch eine verlässliche Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur, eine bessere Unterstützung pflegender Angehöriger, praxistaugliche Formen moderner Arbeitsorganisation und weniger bürokratische Hürden.

IHK NRW bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist die bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf ein zentrales Handlungsfeld der Fachkräftesicherung. Frühkindliche Bildung und Betreuung ermöglichen Erwerbsbeteiligung, stärken Teilhabe und tragen dazu bei, die Fachkräftebasis des Landes langfristig zu sichern. Zugleich stehen viele Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen unter erheblichem finanziellen und organisatorischen Druck. Die bestehende Finanzierungsstruktur hält mit steigenden Betriebs-, Tarif- und Sachkosten vielfach nicht Schritt.

Executive Summary – Zentrale Botschaften

- **Vereinbarkeit wirtschaftspolitisch einordnen:** Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf ist ein wirtschafts- und standortpolitisches Kernthema für Nordrhein-Westfalen. Wo Betreuung und Unterstützung im Alltag nicht verlässlich funktionieren, werden Erwerbsverläufe unterbrochen, Arbeitszeiten reduziert und Fachkräftepotenziale nicht ausgeschöpft.
- **Verlässliche Rahmenbedingungen sind entscheidend:** Aus Sicht von IHK NRW liegen die größten Hebel in verlässlicher Betreuung, tragfähiger Finanzierung, ausreichendem Personal, wirksamer Digitalisierung, guter Mobilität und einer besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Diese Punkte werden entscheiden darüber, ob Familien ihren Alltag

verlässlich organisieren und Unternehmen vorhandene Fachkräftepotenziale besser nutzen können.

- **Strukturelle Verbesserungen in den Mittelpunkt stellen:** Nordrhein-Westfalen braucht bis 2030 einen ressortübergreifenden Handlungsrahmen, der strukturelle Verbesserungen in den Mittelpunkt stellt. Einzelmaßnahmen können ergänzen; entscheidend ist die Verlässlichkeit und Funktionsfähigkeit der Systeme.
- **Einzelinstrumente realistisch einordnen:** Prämien, Job-Sharing-Modelle oder alltagsnahe Unterstützungsangebote können sinnvoll sein. Sie können strukturelle Reformen jedoch nicht ersetzen, sondern allenfalls flankieren. Maßgeblich ist, dass sie mit Blick auf ihren arbeitsmarktlichen Zusatznutzen realistisch bewertet sowie zielgenau, wirksam und bürokratiearm ausgestaltet werden. Sie dürfen insbesondere keine neuen Arbeitgeberpflichten, Rechtsansprüche oder unverhältnismäßigen Nachweis- und Verwaltungsaufwand auslösen.
- **Unternehmen praxisnah unterstützen:** Die IHKs in Nordrhein-Westfalen unterstützen Unternehmen bereits heute mit Beratung, Netzwerken, Austauschformaten und dem Transfer guter Praxis. Gerade kleine und mittlere Unternehmen profitieren davon, weil sie familienbewusste Maßnahmen häufig ohne große eigene Personalstrukturen umsetzen müssen. Wichtig ist zugleich, dass gesetzliche und betriebliche Regelungen praxisnah ausgestaltet sind und die betrieblichen Realitäten berücksichtigen.

I. Bedeutung für Nordrhein-Westfalen

Für Nordrhein-Westfalen ist die bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf ein arbeitsmarkt- und standortpolitisches Kernthema. Unzureichende und zu häufig unzuverlässige Betreuungsangebote, fehlende Rand- und Ferienbetreuung sowie Unsicherheiten beim Ganztagsausbau erschweren Erwerbstätigkeit und begrenzen die Ausschöpfung von Fachkräftepotenzialen. Gerade für ein Land mit starken Ballungsräumen, industriellen Zentren, mittelständisch geprägten Regionen und ländlichen Räumen ist das von erheblicher wirtschaftlicher Relevanz. Der IHK-Fachkräftemonitor NRW¹ zeigt die Größenordnung: Bis 2035 scheiden rund 2,5 Millionen Erwerbstätige altersbedingt aus dem Arbeitsmarkt aus; zugleich kann die Zahl unbesetzter Stellen auf bis zu 610.000 steigen. Eine bessere Vereinbarkeit ist deshalb auch ein konkreter Hebel, um vorhandene Erwerbspotenziale besser zu erschließen und Wertschöpfung in Nordrhein-Westfalen zu sichern.

Die im Antrag angesprochene fehlende Verlässlichkeit im Betreuungsalltag ist auch aus Sicht von IHK NRW wirtschaftspolitisch relevant. Unzuverlässige Betreuungsangebote können Erwerbsverläufe beeinträchtigen, Arbeitszeitpotenziale begrenzen und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten einschränken. Dadurch gehen Fachkräftekapazitäten verloren, die angesichts des

¹ [Fachkräftemonitor NRW](#)



demografischen Wandels und des Fachkräftebedarfs dringend benötigt werden. Vereinbarkeitspolitik ist deshalb für Nordrhein-Westfalen vor allem dann wirksam, wenn sie auf verlässliche und praxistaugliche Rahmenbedingungen setzt, Familien Planungssicherheit gibt und Unternehmen dabei unterstützt, Fachkräfte zu gewinnen, zu halten und besser einzusetzen.

In der betrieblichen Praxis können unzuverlässige Betreuungszeiten zudem zu kurzfristigen Ausfällen, reduzierten Stundenumfängen, erschwerter Einsatzplanung und geringerer Verfügbarkeit qualifizierter Beschäftigter führen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen können solche Ausfälle häufig weniger gut kompensieren als große Betriebe. Auch die verlässliche Planbarkeit von Rückkehrprozessen nach Eltern- oder Pflegezeiten ist für Unternehmen relevant; insbesondere kleine Betriebe können längere Unsicherheiten bei Personal- und Einsatzplanung nur begrenzt auffangen.

II. Nordrhein-Westfalen braucht verlässliche Strukturen statt punktueller Maßnahmen

Vereinbarkeit gelingt nur, wenn der Alltag verlässlich funktioniert. Entscheidend sind planbare Öffnungszeiten, stabile Vertretungsregelungen, funktionierende Übergänge zwischen Kita, Grundschule und Ganztagsangebote, digitale und einfache Verwaltungsprozesse sowie gute Erreichbarkeit. Es geht nicht allein um die Zahl der Betreuungsplätze, sondern um die Funktionsfähigkeit des Alltags.

Gerade für Nordrhein-Westfalen ist diese Perspektive zentral. In Ballungsräumen wirken sich knappe Betreuungsangebote, hohe Wegezeiten und überlastete Infrastrukturen besonders stark aus. In ländlicheren Regionen stehen Erreichbarkeit, Fachkräfteverfügbarkeit und wohnortnahe Angebote stärker im Vordergrund. In beiden Fällen gilt: Vereinbarkeit gelingt nur, wenn die Rahmenbedingungen an realen Lebens- und Erwerbsverläufen ausgerichtet sind.

Auch aus der Praxis von Familien wird deutlich, dass Vereinbarkeit nicht an einem einzelnen Faktor hängt. Betreuung, Bildungswege, Arbeitsorganisation, Mobilität und finanzielle Planbarkeit greifen im Alltag eng ineinander. Verlässliche Öffnungszeiten, stabile Vertretungsregelungen, qualitativ hochwertige Ganztagsangebote und eine bessere Abstimmung zwischen Kita-, Schul- und Arbeitszeiten sind deshalb wesentliche Voraussetzungen für eine wirksame Verbesserung.

III. Die Rolle der IHKs in Nordrhein-Westfalen

Die nordrhein-westfälischen IHKs unterstützen Unternehmen bereits heute bei der praktischen Umsetzung familienbewusster und lebensphasenorientierter Personalpolitik. Dazu gehören insbesondere Beratung zu Fragen der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, Informationen zu flexiblen betrieblichen Lösungen, Netzwerke und Austauschformate, der Transfer guter Praxis sowie Unterstützungsangebote für kleine und mittlere Unternehmen.

Damit leisten die IHKs einen konkreten Beitrag zur Fachkräftesicherung und zur Stärkung der Arbeitgeberattraktivität. Sie bündeln betriebliche Erfahrungen, machen praxistaugliche Lösungen sichtbar und bringen diese Perspektiven in die wirtschafts- und standortpolitische Debatte in



Nordrhein-Westfalen ein. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist diese Unterstützung von besonderer Bedeutung, weil sie familienbewusste Maßnahmen häufig ohne große eigene Personalstrukturen entwickeln und umsetzen müssen.

Die IHKs unterstützen Unternehmen dabei, solche betrieblichen Lösungen praxistauglich zu gestalten. Betriebliche Maßnahmen können staatliche und kommunale Betreuungs- und Unterstützungsinfrastrukturen sinnvoll ergänzen, sie aber nicht ersetzen. Entscheidend bleibt daher, dass verlässliche öffentliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Unternehmen Handlungsspielräume eröffnen, ohne ihnen zusätzliche Aufgaben oder bürokratische Pflichten aufzuerlegen.

IV. Zentrale Handlungsfelder aus Sicht von IHK NRW

Die Diskussion um bessere Vereinbarkeit wird in Nordrhein-Westfalen auch aus der Wirtschaft heraus seit Längerem mit konkreten Praxiserfahrungen begleitet. Auch aus den Reihen der Wirtschaftsjunioren Nordrhein-Westfalen e. V.² wurden praxisnahe Hinweise aus der Perspektive junger Unternehmerinnen, Unternehmer und Führungskräfte eingebracht. Aus Sicht von IHK NRW kommt es für eine wirksame Verbesserung der Vereinbarkeit in Nordrhein-Westfalen vor allem auf folgende Handlungsfelder an.

1. Verlässliche und bedarfsgerechte Betreuungsinfrastruktur

Entscheidend ist eine Betreuungsinfrastruktur, die sich stärker an den realen Arbeits- und Lebenszeiten von Familien orientiert. Dazu gehören verlässliche Öffnungs- und Randzeiten, belastbare Ferienangebote, tragfähige Vertretungsregelungen und flexiblere Betreuungs- und Buchungsmodelle. Ebenso wichtig sind gut abgestimmte Übergänge zwischen Kita, Vorschule, Grundschule, OGS und Ganztage. Mit dem Ausbau der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur setzt der Antrag damit an einem aus Sicht der Wirtschaft zentralen Hebel an.

2. Tragfähige Finanzierung

Verlässliche Betreuung setzt eine Finanzierung voraus, die den tatsächlichen Kostenentwicklungen Rechnung trägt. Die Finanzierungspauschalen für Kindertageseinrichtungen sollten deshalb so weiterentwickelt werden, dass Tarif- und Sachkostensteigerungen zeitnah und realitätsgerecht berücksichtigt werden. Das ist eine wichtige Voraussetzung für mehr Planungssicherheit bei Trägern und Einrichtungen. Erfahrungen zeigen, dass die bestehende Finanzierungsstruktur mit den tatsächlichen Belastungen vieler Einrichtungen vielfach nicht Schritt hält. Dabei ist sicherzustellen, dass Verbesserungen der Betreuungsinfrastruktur nicht über zusätzliche Abgaben, Umlagen oder bürokratische Pflichten für Unternehmen finanziert werden.

² [Positionspapier Kitas-und-Eltern-am-Limit.pdf](#)



3. Personalgewinnung, Qualifizierung und Entlastung

Das System der frühkindlichen Bildung kann nur dann verlässlich funktionieren, wenn ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht. Wichtige Ansatzpunkte sind schnellere Anerkennungsverfahren für internationale Abschlüsse, erleichterte Quereinstiege, flexible Qualifizierungswege und bedarfsorientierte Fortbildung. Hinzu kommen multiprofessionelle Teams, Alltagshelfende und weitere nicht-pädagogische Unterstützungsstrukturen, die Fachkräfte von organisatorischen Aufgaben entlasten und mehr Zeit für pädagogische Kernaufgaben ermöglichen.

4. Digitalisierung und Entbürokratisierung

Medienbruchfreie digitale Verwaltungsprozesse, standardisierte Verfahren für Anmeldung, Platzvergabe und Nachweise sowie weniger Dokumentationsaufwand können Familien, Träger und Beschäftigte spürbar entlasten. Dazu gehört auch eine stärkere administrative Unterstützung der Einrichtungen, damit pädagogische Fachkräfte nicht durch vermeidbare Bürokratie gebunden werden. Einfachere Verwaltungsprozesse und effizientere digitale Strukturen können einen wichtigen Beitrag zu mehr Verlässlichkeit im Alltag leisten.

5. Mobilität und Erreichbarkeit

Vereinbarkeit setzt auch alltagstaugliche Wegeketten zwischen Betreuung, Schule, Arbeitsplatz und Pflege voraus. In Nordrhein-Westfalen sind dabei die unterschiedlichen Bedingungen in Ballungsräumen, Verdichtungsräumen und ländlichen Regionen zu berücksichtigen. Gute Erreichbarkeit und verlässliche Infrastruktur tragen dazu bei, Erwerbstätigkeit und familiäre Verantwortung besser miteinander zu verbinden.

6. Vereinbarkeit von Beruf und Pflege

Die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege gewinnt angesichts des demografischen Wandels weiter an Bedeutung. Informations- und Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige sollten deshalb gestärkt werden. Gerade kleine und mittlere Unternehmen brauchen praxistaugliche betriebliche Lösungen, um Beschäftigte mit Pflegeverantwortung im Erwerbsleben zu halten. Dass der Antrag diesen Punkt ausdrücklich aufgreift, ist aus Sicht von IHK NRW folgerichtig und wirtschaftspolitisch anschlussfähig. Mit der alternden Gesellschaft wird Pflegeverantwortung für immer mehr Beschäftigte zu einem relevanten Faktor für Arbeitszeit, Verfügbarkeit und Bindung an den Betrieb.

7. Frühkindliche Bildung als wirtschaftspolitische Investition

Frühkindliche Bildung ist auch aus wirtschaftlicher Sicht von hoher Bedeutung. Verlässliche frühe Unterstützung und gute Übergänge zwischen Kita, Vorschulphase und Grundschule tragen dazu bei, Bildungswege zu stabilisieren, Berufsstartkompetenzen zu stärken und langfristig die Fachkräftebasis des Landes zu sichern. Frühzeitige Investitionen in verlässliche Bildungsstrukturen sind deshalb zugleich Investitionen in die wirtschaftliche Zukunft Nordrhein-Westfalens.

V. Bewertung der im Antrag genannten Instrumente

Der Antrag greift zentrale strukturelle Themen für eine bessere Vereinbarkeit auf. Aus Sicht von IHK NRW sind insbesondere der Ausbau verlässlicher Betreuungs- und Ganztagsangebote, die Unterstützung pflegender Angehöriger und praxistaugliche Formen moderner Arbeitsorganisation besonders relevant.

Einzelinstrumente wie Equal-Share-Prämien, Job-Sharing oder alltagsnahe Hilfen sind mit Blick auf ihren arbeitsmarktlichen Zusatznutzen realistisch zu bewerten. Sie können strukturelle Verbesserungen nicht ersetzen, sondern allenfalls ergänzen. Entscheidend ist, dass solche Maßnahmen zielgenau, nachweislich wirksam und bürokratiearm ausgestaltet werden.

Eine bessere Ausschöpfung von Erwerbspotenzialen setzt vor allem Rahmenbedingungen voraus, die familiäre Verantwortung und Erwerbstätigkeit verlässlich miteinander vereinbar machen. Aus Sicht von IHK NRW kommt es daher darauf an, strukturelle Hindernisse abzubauen und zusätzliche Instrumente nur dort einzusetzen, wo sie nachweislich wirksam sind und keinen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand erzeugen. Eine Equal-Share-Prämie darf weder neue Arbeitgeberpflichten noch zusätzlichen betrieblichen Verwaltungsaufwand auslösen; Finanzierung, Abwicklung und Evaluation müssten staatlich, einfach und nachvollziehbar ausgestaltet sein.

Job-Sharing- oder Tandemmodelle für Führungspositionen können moderne Arbeitsorganisation unterstützen, wenn sie zur betrieblichen Realität passen. Ferienbetreuung und alltagsnahe Hilfen können Familien konkret entlasten, wenn sie niedrigschwellig und praxistauglich organisiert sind. Maßgeblich bleibt jedoch, dass solche Instrumente eine verlässliche Infrastruktur ergänzen, nicht ersetzen.

Chancengleichheit im Erwerbsleben ist aus Sicht von IHK NRW vor allem dort wirksam zu stärken, wo bessere Rahmenbedingungen zusätzliche Erwerbsbeteiligung, berufliche Entwicklung, Aufstiegschancen und Fachkräftesicherung ermöglichen: durch verlässliche Betreuung, flexible und praxistaugliche Arbeitsorganisation, gute Übergänge nach Familienphasen und eine stärkere Nutzung vorhandener Erwerbspotenziale.

VI. Priorisierte Empfehlungen für Nordrhein-Westfalen bis 2030

Aus Sicht von IHK NRW kommt es für Nordrhein-Westfalen bis 2030 vor allem auf folgende Prioritäten an:

- **Finanzierung stabilisieren:** Die Finanzierung von Kita und Ganztags sollte strukturell so weiterentwickelt werden, dass Einrichtungen und Träger mehr Planungssicherheit erhalten. Zusätzliche Finanzierungsbedarfe sollten nicht zu neuen Belastungen oder Berichtspflichten für Unternehmen führen.
- **Betreuung alltagstauglich ausrichten:** Die Betreuungsinfrastruktur sollte konsequent an realen Arbeits- und Lebenszeiten ausgerichtet werden – mit verlässlichen Öffnungs- und Randzeiten, belastbaren Ferienangeboten und funktionierenden Übergängen.



- **Personalbasis stärken:** Personalgewinnung und Qualifizierung im System der frühkindlichen Bildung sollten beschleunigt und durch praxistaugliche Entlastungsstrukturen ergänzt werden.
- **Verwaltung vereinfachen:** Digitale Verwaltungsprozesse sollten konsequent vereinfacht, standardisiert und medienbruchfrei ausgestaltet werden.
- **Frühkindliche Bildung durchgängig denken:** Frühkindliche Bildung sollte stärker als durchgehende Bildungs- und Förderkette verstanden und organisiert werden.
- **Beruf und Pflege besser vereinbar machen:** Die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege sollte systematisch gestärkt werden.
- **Mobilität mitdenken:** Mobilität und Erreichbarkeit sollten als Teil einer wirksamen Vereinbarkeitspolitik regional differenziert berücksichtigt werden.

Fazit

Aus Sicht von IHK NRW ist eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf bis 2030 in Nordrhein-Westfalen erreichbar. Voraussetzung ist jedoch, dass das Land die strukturellen Grundlagen hierfür konsequent verbessert. Die entscheidenden Hebel liegen in verlässlicher Betreuung, tragfähiger Finanzierung, ausreichendem Personal, effizienten digitalen Verfahren, guter Mobilität sowie in alltagstauglichen Unterstützungsstrukturen für Familien und pflegende Angehörige.

Die nordrhein-westfälischen IHKs leisten hierzu einen wichtigen Beitrag: als Ansprechpartner für Unternehmen, als Vernetzer guter Praxis und als Impulsgeber für eine wirtschaftsnahe, konstruktive und umsetzungsorientierte Politik. Für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist klar: Vereinbarkeit ist kein Nebenthema. Sie ist ein wesentlicher Baustein für Fachkräftesicherung, Standortqualität und langfristige Wettbewerbsfähigkeit.

IHK NRW ist der Zusammenschluss der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen. IHK NRW vertritt die Gesamtheit der IHKs in NRW gegenüber der Landesregierung, dem Landtag sowie den für die Kammerarbeit wichtigen Behörden und Organisationen